

Das beste Weihnachtsgeschenk ist das große Los!



am 20. Dezember, 1919, um 10 Uhr, im Saal des Rathhauses in Berlin, das große Los gezogen wird.

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste! Das große Los ist das Beste!

Bochholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Biedern und Werth

48. Jahrgang

Mittwoch, den 17. Dezember 1919

Nummer 296

Preußen und der deutsche Einheitsstaat.

Preußische Landesversammlung.

M.B. Berlin, 15. Dez.

Der Antrag des Ausschusses für Verfassungsänderung, bei der Reichsregierung eine Überlegung der gezielten Bestimmungen über die Reichsversammlung dahin zu erwirken, daß sie mit den preußischen Richtlinien zur Neuordnung des Bundeswesens übereinstimmen, wird einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Verfassungsgesetzes zum Reichsversorgungsrecht.

Hr. Schulte (Ztr.): Die Vorlage will von der Industrie hervorgerufenen Überbesetzung der großen Städte entgegenwirken. Sie will ermöglichen, daß der größte Teil unserer Völker wieder auf dem Lande aufwachsen kann. Wir wünschen, daß es gelingen möge, und daß dieser Zweck nicht unter allzu großer Verringerung des Bestandes erreicht wird.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung sowie in der Gesamtsitzung einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Erweiterung des Stadtkreises Hannover (Vereinigung mit Linden) wird in dritter Beratung und im ganzen gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Die dritte Beratung des Staatshaushalts beginnt mit einer allgemeinen Aussprache.

In Verbindung damit steht die Beratung des folgenden Antrages der Mehrheitsparteien: Durch die Reichsverfassung ist die Grundfrage für den deutschen Einheitsstaat derart geschaffen worden, daß seine Errichtung nur eine Frage der Zeit, der langsameren oder schnelleren Entwicklung ist. Die ungeheure Not, in der sich das deutsche Volk befindet, die trostlose finanzielle und wirtschaftliche Lage, die ständig wachsenden Schwierigkeiten und Hemmnisse, die das Nebeneinander von Reichsregierung und Landesregierungen zur Folge hat, lassen den Versuch geboten erscheinen, die Zusammenfassung aller Volkskräfte in einem Einheitsstaat sobald als möglich herbeizuführen. In allen Schichten unseres Volkes, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, schließt dieser Gedanke immer tiefere Wurzeln; offenbar sich immer stärker die Sehnsucht nach einer Vereinigung aller deutschen Stämme zu einem einzigen großen deutschen Volksstaat, in dem den einzelnen Stämmen weitestgehende Selbstständigkeit gesichert wird.

Wiederholt hat Preußen durch seine Staatsregierung und Volksvertretung zum Ausdruck gebracht, daß es bereit sei, im deutschen Einheitsstaat aufzugehen, wenn dieselbe Verwirklichung auch bei den anderen Ländern bestünde. Preußen ist im Begriff, sich eine Verfassung zu geben, die das größte der deutschen Länder erreicht. Preußen seine Willst, darin, zunächst den Versuch zu machen, ob sich nicht bereits jetzt die Schaffung des deutschen Einheitsstaates erreichen läßt. Aus diesen Erwägungen heraus erlucht die Landesversammlung die Staatsregierung sofort und noch vor Einbringung der vorläufigen Verfassung die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlung zu treten.

Hr. Hauschildt (Soj.): Wir erstreben den deutschen Einheitsstaat und sind erfreut, daß ein entsprechender Antrag von den Mehrheitsparteien noch für die dritte Lesung des Haushaltsaufstellung kommen ist.

Hr. Gronowski (Ztr.): Die Ausführungen des Vorredners haben nicht dazu beigetragen, die Eingetragten im Lande zu fördern. Ich halte es für die erste und vornehmste Pflicht eines Abgeordneten, diese Eingetragten herzustellen und zu befähigen. (Bravo!) Die Ausgaben für 1919 sind in Preußen beispiellos hoch. Wir müssen insgesamt 13 100 Millionen aufbringen. Die Einnahmen sind in vollem Umfang vorhanden. Angeht es nicht, diese Summen berechnen wir den Finanzminister ebenfalls wie den Reichsfinanz-

minister. Wir haben volles Verständnis für die Sorgen des Finanzministers; denn auch im neuen Preußen wird es kaum Leute geben, die mit laudendem Gesichte Steuern zahlen. Wir wünschen, daß für 1920 der Haushaltsplan rechtzeitig eingebracht und verabschiedet wird. Dazu muß auch die Landesversammlung mitwirken. Wenn aber im nächsten Jahre die neuen, Anträge und Anfragen in dem gleichen Umfang wie ein Maschinenengewehrfeuer hier niederprasseln, dann gebe ich jede Hoffnung auf. Selbstverständlich hält jeder Abgeordnete seine Sache für die wichtigste. (Sehr richtig!) Wenn das Parlament bei politisch reifen Leuten nicht in den Verdacht der Schwärze kommen will, so muß es den Mut besitzen, die ungeliebte Wahrheit zu sagen und darnach zu handeln. (Zuruf: Adolf Hoffmann: Hört, hört!) Jawohl, Herr Abgeordneter Hoffmann, politisch reife Männer werden das, nicht aber politische Säuglinge. (Stürmische Heiterkeit.) Man hat bedauert es heute, früher mehr versprochen zu haben, als zu halten möglich ist. Wir wollen also im neuen Preußen kein Papier, keine Zeit, und keine Geldkraft und auch kein Geld verschwenden. Wir wollen den anderen Parlamenten ein gutes Beispiel geben. Darin muß uns auch die Presse unterstützen. Viele Volksgenossen trauern um das alte Preußen und finden sich in der Republik unter der parlamentarischen Herrschaft noch nicht zurecht. Das alte Preußen hat sich groß gehalten, groß gekämpft und groß gearbeitet. Es hat seine Geschichte und seine Vergangenheit, gute und böse. Wir sind im alten Preußen nicht verwehrt worden, aber wir können es ab, das alte Preußen und seine Regenten und Führer zu schmähen. Als Kinder des selben Volkes wollen wir Zentrumsmitglieder helfen und aufbauen. (Bravo!) Eine große, einheitliche deutsche Familie zu schaffen, ist die notwendige Aufgabe der Gegenwart. Wir wollen die ganze deutsche Familie im Einheitsstaat vereint wissen. Der Antrag der drei Mehrheitsparteien soll hierzu die Wege ebnen. Die Regierung ist nicht ganz mit dem letzten Absatz einverstanden, insbesondere wünscht sie nicht die Worte: „vor Einbringung der endgültigen Verfassung“, jedoch bin ich der Meinung, daß wir die Notverfassung etwas ergänzen können. Wir können einen Staatsrat schaffen, ähnlich wie im Reich der Reichsrat. Dann laßt die Notverfassung noch für einige Jahre. Die Verabschiedung einer endgültigen Verfassung würde das Streben zum Einheitsstaate nur befestigen. Fast 4 des deutschen Volkes hat am 19. Januar die Nationalversammlung gewählt, und am 18. August hat diese Nationalversammlung mit 90 Mehrheit dem deutschen Volke eine neue Verfassung gegeben. Preußen sollte das Ziel und Kern seiner Politik das Aufgehen im Reich betonen. Warum? Preußen kann den Gliedstaaten ein gutes Beispiel geben und als größter Staat auf seine Sonderrechte verzichten. Das geeinigende Deutschland vergrößert. Die Kaiserkrone und Wappen sind beibehalten, aber 26 neue Regenten im Reich und ein Schatzkammer über sich im Reich. Einige der ungeklärten Staatsoberhäupter haben allerdings in erstaunlich kurzer Zeit Gewohnheiten und Rechte angenommen, die sie früher kritisiert und verhöhnt haben. (Abgeordneter Heilmann ruft: Werden Sie doch deutlicher, wen meinen Sie?) Wenn früher der Kaiser im Hofzug fuhr, kritisierte Ihre Presse das. Scheidemann fuhr im Extrazug zu einer Wahlversammlung nach Kassel. Hr. Heilmann: Das ist eine Lüge! Ich sage das auf Grund unumstößlicher Tatsachen. Unter Anderem bei den Neutralen und Feinden, wenn wie ein Reich, ein Gesetz und ein Oberhaupt haben. Aus Sparsamkeit, aus Rücksicht auf die Nation, aus einem Einheitsstaate kommen. 188 Minister gibt es in Deutschland, 160 davon sind zu viel. Alle diese führenden Köpfe in die neue Nationalversammlung, dann wäre es eine Lust, Politik zu machen. (Stürmische Heiterkeit.) 3000 Abgeordnete, die gleichfalls ihre aufgespeicherte Geisteskraft zum Wohle des Volkes verwenden könnten und dann noch diese Räte, Räte, Räte. Je mehr Räte, umso ratloser sind wir. Wir bitten um einstimmige Annahme unseres Antrages. In den Parlamenten streiten wir uns über die Schuld am Kriege und am Zusammenbruch. Wenn Krieg und Leid im Kriege von Stadt und Land, reich und arm gleichmäßig getragen worden wären, dann wäre die moralische Kraft des deutschen Volkes nicht zusammengebrochen. (Allseitige Zustimmung.) Wenn der Klassen- und Kastengeist, der geistige Hochmut und unsere Ueberhebung nicht vorhanden gewesen wäre, wenn auch die feindlichen Staatsmänner ihre Geheimnisse einem neutralen Gerichtshofe unterbreiten. (Starke Zustimmung auf allen Seiten.) Ich persönlich bin der Meinung, daß die Staatsmänner, die es heute fertig bringen, unseren Kindern den letzten Tropfen Milch durch Enteignung der Räte zu entziehen, schuldiger sind, als die angeblich Schuldigen in unseren Räten. (Stürmischer Beifall.) Gerecht gegen das Volk und seine Führer, gerecht aber auch gegen die Zentrumspartei! Unsere Mitarbeit ist oft von rechts und links scharf kritisiert worden. Wenn das Zentrum nach der Revolution nicht mitgearbeitet hätte, dann wäre es Deutschland ein zweites Mal geworden. Die sozialistische Räteherrschaft haben wir durch eine Volksregierung ersetzt. Frieden schließen, Räte und Ordnung schaffen, helfen, die Verfassung bauen und Reich und Gesetz wieder herstellen, damit das Volk zur deutschen Kultur zurückkehren kann. Was wir an Unruhen und Plünderungen im Januar, März und Juli in den Städten erlebt haben, das wäre ohne uns auch auf Land hinausgekommen. (Sehr richtig.) Dann würden manche Landwirte, die uns heute tadeln, wohlwollender über die Zentrumspolitik urteilen. (Bravo im Zentrum.) Höher als Partei und Agitation steht uns das Volk und Vaterland. Um Schlimmeres zu verhindern, haben wir uns mit der Sozialdemokratie an einen Tisch gesetzt, und um bei der Neuordnung der Verhältnisse Berücksichtigung unserer Welt- und Lebensauffassung zu erreichen. Diese Politik wurde geleitet von dem Grundsatz der Berechtigung, Vernunft und Menschlichkeit, den wir auch niemals aufgeben werden. Unsere Zustimmung zu der Koalition macht dort Halt, wo die Macht des Gewissens anfängt. (Bravo im Ztr.) Dies gilt insbesondere bei der Kirchen- und Schulpolitik. Wir beanspruchen die gleichen Rechte und Freiheiten wie die anderen, auch das Recht, unsere Kinder religiös zu erziehen, verteidigen wir. Was Vater und Mutter lehren, soll die Schule nicht verderben. (Stürmischer Beifall.) Eltern, Lehrer und Geistliche sind die drei Erziehungsfaktoren. Religion und Gottesglaube ist für Millionen Menschen der einzige Verbündete, die einzige Kraftquelle. Hat die Nation vor dieser Anschauung und Lebensauffassung, damit dient ihr am besten dem inneren Frieden. (Beifall.) Wir verlangen, daß die Reichsverfassung loyal gehandhabt werde. Zwischen Haben und Hören haben wir zwar eine rauhe Form, aber lassen Sie sich als Christ, Arbeiter u. Familienvater sagen: In unserm Herzen heißt auf wenn die heiligsten Güter und das Seelenheil unserer Kinder in Gefahr ist. Ohne Christentum keine sittliche Erziehung, Staatsanwalt, Richter und Parteien können sie nicht allein herstellen; Achtung vor der Autorität, vor Recht und Ordnung, Ehrfurcht vor der alten deutschen Tugend, zur Opferwilligkeit, Freude und an der Arbeit, Treue, Wahrheit, Liebe und Ehrlichkeit ist nur auf diesem Wege möglich. Das Zentrum verlangt Christusglauben, keine Räteherrschaft. Im Westen und in Schloß hat auch die heutige Regierung noch viel nachzuholen. (Sehr richtig im Zentrum.) Minister, die einmal selbst das Land verlassen, die Regierung führen, müssen auf Glaubens- und Stammesart und Lebensgewohnheiten der Bevölkerung. Das erfordert das Gesetz

von Recht und Billigkeit. Vertrauen gegen Vertrauen, gleiches Recht für alle Parteien, die die Verantwortung tragen, dann sind wir bereit, auf allen Gebieten als gleichberechtigter Partner mitzuwirken und Opfer zu bringen. (Stürmischer Beifall.)

Das Betriebsrätegesetz.

15. Berlin, 15. Dez.

Die Sozialdemokraten wollen das Betriebsrätegesetz unter allen Umständen noch in dieser Woche verabschieden. Wie mitgeteilt wird, wird die Aktion alles verfahren, um diese ihre Forderung bei dem Zentrum und den Demokraten durchzusetzen. Die Meinung, nach der die Mehrheitsparteien des Reichstages, sollen ein Ultimatum zu stellen, dürfte jedoch zu weit gehen. Immerhin ist, wie man dem „Volkswacht“ gegenüber betont, nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten von der Unterstützung ihrer Forderung ihre Beteiligung an Umstürzungsversuchen abhängig machen. Die Frage wird für gespannt gehalten und es gilt nicht als ausgeschlossen, daß die nächsten Tage eine Regierungsbildung eintreten.

Die Verständigung über die Betriebsrätefrage zwischen den drei Mehrheitsparteien ist, wie wir bereits vor einiger Zeit anzudeuten in der Lage waren, in der zweiten Lesung des Ausschusses am Freitag abgültig erfolgt. Zu den schwierigsten Fragen gehörte bekanntlich die Vorlegung der Bilanz. Die Verhandlungen über diese Frage fanden wiederholt auf dem toten Punkt und in der ersten Lesung des Ausschusses konnte in dieser Frage auch nur eine vorläufige Lösung gefunden werden. Jetzt in der zweiten Lesung ist die fristige Frage gelöst durch die Annahme des schon in der ersten Lesung gestellten Antrages des Zentrums, die Vorlegung der Bilanz für Betriebe mit 50 Angestellten und 300 Arbeitern vorzuschreiben. Durch die Bemühungen des Zentrums ist es gelungen, einmal die drei Mehrheitsparteien auf diesen Antrag zu einigen, dann aber auch bei der zweiten Lesung eine erhebliche Verbesserung durchzusetzen und zwar infolgedessen, als die Bilanz schließlich, sondern die Betriebsbilanz der Vorlagepflicht unterliegt. Wegen der Bedeutung, die deren Zustimmung zukommt, lassen wir die auf Grund eines gemeinsamen Antrages der drei Mehrheitsparteien in der zweiten Lesung formulierte Fassung im Wortlaut folgen.

„In Betrieben, deren Unternehmer zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, können die Betriebsräte verlangen, daß den Betriebsauschüssen oder wo solche nicht bestehen, den Betriebsräten alljährlich vom 1. Januar 1921 ab nach Maßgabe eines hierüber zu erlassenden Gesetzes eine Betriebsbilanz u. eine Betriebsgewinn- und Verlustrechnung für das vergangene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert wird. Diese Bestimmung findet Anwendung auf alle Betriebe, die in der Regel mindestens 50 Arbeiter oder 300 Arbeiter in Betrieben beschäftigen.“

In der Bestimmung, daß eine Betriebsbilanz vorgelegt werden muß, liegt, wie gesagt, eine wesentliche Verbesserung der Beschlässe der ersten Lesung. Der Ausschuss hat sich der Anregung des Zentrums schon um deswillen nicht verschlossen, weil die Privatbetriebe nicht schlechter gestellt werden dürfen, als die Aktiengesellschaften. Man hat erkannt, daß es nicht angängig ist, von jedem Unternehmer eine Bilanz zu fordern, die nicht nur über seinen Betrieb, sondern über sein gesamtes Vermögen Auskunft gibt. Worauf es für die Arbeiter ankommt, ist lediglich, daß sie informiert werden, ob der Betrieb mit Gewinn oder Verlust arbeitet. Da aber der Begriff der Betriebsbilanz in der Gesetzgebung heute noch nicht existiert, so ist zu deren Einführung ein besonderes Gesetz erforderlich. Es ist vielfach auch die Frage aufgeworfen worden, ob auch Bücher und sonstige Unterlagen neben der Bilanz vorgelegt werden müssen. Diese Frage kann jetzt endgültig entschieden werden. Im Ausschuss hat der Regierungsvorsteher die Erklärung abgegeben, daß der Unternehmer

